

Bezugsgebühr:

Die Redaktion der Nachrichten...  
Kleinere Anzeigen...  
Telegraphische Adressen...

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Schneeschuhe, Rodelschlitten, wasserfeste Lodenbekleidung  
für Damen und Herren empfiehlt das  
Spezialgeschäft von Jos. Fiechl aus Tirol, Schlossstrasse 23.

Anzeigen-Cartel

Entnahme von Anzeigen...  
Kleinere Anzeigen...  
Telegraphische Adressen...

Preisprophet: Nr. 11 und 2096.

**Raucht** PATENT STROMRINDSTÜCK CIGARETTE VON 3 Pfg. AN  
**Egyptian Cigarette Company**  
Cairo. - Berlin W. 64. - Frankfurt a.M.  
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Kinder bekommen es nie überdrüssig.  
**Cacoad**  
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.  
Das Beste für den Magen.

**Kronleuchter** für Gas u. elektrisch  
Glühstrümpfe, Glühlampen, Glasschalen.  
Größte Auswahl in Dresden.  
**Ebeling & Croener, Bankstr. 11.**

## Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.

**Hermann Pörschel**  
Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 43. Spiegel: Zentrum und Flottenverein. Hofnachrichten, Wahlverheiss, Internat. Gartenbauausstellung, Wutmaßliche Bitterung: Mild, veränderlich. Dienstag, 12. Februar 1907.

### Aus dem Zentrumsturm

Schauen von allen Seiten höhnisch grinsende Gesichter, die über die mittels Nachschlüssel erlangten „Enttarnungen“ aus der vom Deutschen Flottenverein entwickelten Tätigkeit bei den Reichstagswahlen frohlocken und ihrer zynischen Schadenfreude unverhohlenen Ausdruck geben. Die Verwerflichkeit des von den ultramontanen Hintermännern beobachteten Verfahrens bedarf keiner besonderen Kennzeichnung. Es handelt sich nach den bisherigen Feststellungen, deren weitere Ergänzung der bereits mit der Sache befassten Staatsanwaltschaft obliegt, um das schwere Verbrechen der Verfassung eines Korrespondenzstrafes des Flottenvereins mit einem Nachschlüssel, wie ihn die „schwarzen Berliner Jungen“ zu benutzen pflegen, und um die Anwendung einzelner Briefe, während sich die ultramontanen Nachschlüssel bei dem Hauptteil der Schriftstücke mit einer Abschrift begnügten. Ignazius von Donola wird sich wohl über eine so skrupellose Betätigung seiner Lehren durch seine modernen Schüler freuen. Die übrige bürgerliche Gesellschaft aber, die nicht auf dem Standpunkte steht, daß der Zweck die Mittel heiligt, kann nur ihre schärfste Mißbilligung über eine derartige, allen Moralsbegriffen höhnsprechende Handlungsweise unabweisbar erklären. Wundern freilich wird sich darüber niemand, der das Zentrum und die ultramontanen Schleichwege im Laufe einer langen politischen Erlebung gründlich kennen gelernt hat. Der schwarze Bundesbruder hat mit seinem roten Bundesfreunde auch im Punkte einer weißherzigen moralischen Auffassung mancherlei gemeinam. Die jetzige Leistung des „Bayr. Cour.“ und seiner Hintermänner übertrifft sogar noch an Intensität des bösen Willens die ähnlichen Ausschreitungen sozialdemokratischer Blätter, weil diesen die vertraulichen und geheimen Aktenstücke bis jetzt zwar auch im Wege des Vertrauensbruchs, aber doch, soweit bekannt geworden ist, ohne gleich erschwerende Nebenumstände auf den Redaktionsstisch geflossen sind.

Doch mit der bloßen rückhaltlosen Verurteilung der von den ultramontanen Nacharbeitern geübten Methode ist die Angelegenheit nicht abgetan. In unserer Zeit der prononcierten Oeffentlichkeit läßt sich ein genaueres Eingehen auf einmal bekannt gewordene Tatsachen und Vorgänge von allgemeinem Interesse selbst dann nicht vermeiden, wenn die erste Kenntnis des Materials auf noch so ansehnlicher Weise erlangt worden ist. So muß denn auch in dem vorliegenden Falle gerade von der nationalen Presse die unabhängige Pflicht erfüllt werden, den Inhalt der vom „Bayr. Cour.“ veröffentlichten Schriftstücke näher zu prüfen, um ein unvoreingenommenes sachliches Urteil zu ermöglichen und den tendenziösen ultramontanen Machenschaften, die auf die Ablenkung der öffentlichen Meinung von dem eigentlichen Kernpunkte der Sache gerichtet sind und ein falsches unklareres Licht zum Zwecke des Nützens im trüben über die helle und geklärte nationale Situation verbreiten möchten, von vornherein die Spitze abzubreaken.

Also um was handelt es sich? Es sind noch einer Erklärung des Generalmajors Reim nur solche Aktenstücke und Briefe entwendet und abgeschrieben worden, die im parteipolitischen ultramontanen Interesse den nächsten Lehren und Stehern geeignet erschienen, ein dreifaches Ergebnis zu erzielen, nämlich 1. die Regierung, 2. den General Reim, der als Vorstandsmitglied im Deutschen Flottenverein eine hervorragende Werbetätigkeit entfaltet, und 3. den Deutschen Flottenverein als solchen anzuklagen und den genannten drei Faktoren allerlei nach ultramontaner Auffassung äußerst schwerwiegende Dinge am Zeuge zu stellen. Ferner steht es nach Herrn Reims Ansicht außer Zweifel, daß man auch außerhalb der Redaktion des „Bayr. Cour.“ von dem Vorhandensein der gestohlenen Papiere Kenntnis hatte, denn sowohl „Germania“ wie „Fuldaer Zeitung“ brachten begünstigte Andeutungen und vor allem Angaben, die nur jenen Papieren entnommen sein konnten, bereits einige Tage vor den Veröffentlichungen des „Bayr. Cour.“. Soweit die Regierung in Frage kommt, ist dem bairischen Zentrumblatt zu entnehmen, daß der Flottenverein Hingstriften, die in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes entstanden sein sollen, gegen die Lügen des Herrn Erzberger“ und gegen die „kolonialen Fingergfabrik“ verächtlich habe, darunter eine mit der Ueberschrift „Ein Rathsch“, obwohl der Verfasser ein protestantischer Würtemberger in der Kolonialabteilung selbst sei. Ferner soll Fürst Bälou, laut Schreibens des Fürsten Salim an den General Reim, für diese Agitation 30000 Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt und Herr Reim auf eine Anfrage der Firma Wittler u. Sohn über weitere Quablätter u. a. geantwortet haben: „Die Wilhelmstraße

hat es ja in der Hand, was sie machen will, da ja auch die Maffow-Sache und die vom Generalstab lediglich im Auftrage der Wilhelmstraße gedruckt und verandt worden ist. Wir sind nicht in der Lage, von Verleumdungen einen Pfennig dafür zu opfern.“ Ueber die hier berührten Dinge hat die Regierung bereits eine offizielle Erklärung erlassen, die als völlig ausreichend bezeichnet werden muß. Es kann sich darnach nur um mißverständliche Auffassungen des Briefschreibers handeln, wie sie ja, zumal in so erregten Zeiten, nur zu leicht vorkommen. Insbesondere ist von einer amtlichen Geldunterstützung des Flottenvereins zu Bahlwecken schlechterdings keine Rede. Die erwähnten 30000 Mark sind vielmehr lediglich einem Fonds entnommen, den opferbereite Patrioten durch freiwillige Spenden zusammengebracht und dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt hatten. Solche Gelder dahin zu überweisen, wo eine musterghätige Organisation ihre reichste und zweckmäßigste Verwendung findet, war geradezu Pflicht des Fürsten Bälou. Anders läge die Sache, wenn es wörtlich richtig wäre, was General Reim in einem Briefe an den freisinnigen Professor Eichhoff erklärt, daß für dessen Wahl die amtliche Unterstützung in jeder Weise sicher gestellt wäre. Es ist bekannt, daß jede direkte amtliche Unterstützung, wie a. B. durch die amtliche Verteilung von Hingstriften usw., stets eine Wahl ungültig macht. Doch braucht die Bedeutung einer amtlichen Unterstützung durchaus nicht in diesem verbotenen Sinne gemeint zu sein. Die Regierung ist durchaus nicht verpflichtet, den Wahlen völlig unzulässig mit verwehrten Armen zuzusehen. Sie darf im Gegenteil durch amtliche Bekundungen ihres Standpunktes, wie es Fürst Bälou vor den letzten Wahlen wiederholt getan hat, in den Wahlkampf zu Gunsten der nationalen und staatsverhaltenden Interessen eingreifen und kann auch sonst alle ihr geeigneten Maßnahmen, wie die Verteilung der vorerwähnten Gelder, treffen, sofern sie sich nur von jeder Handlung zurückhält, die nach Gesetz und Herkommen die Ungültigkeit einer Wahl herbeiführen muß. Die Regierung geht also jedenfalls ganz reinlich und zweifelsohne aus der Affäre hervor.

An dem Generalmajor Reim persönlich suchen die Ultramontanen ganz besonders ihr Mißgeschick zu küssen, weil er durch seine rastlose Agitation auch in katholischen Kreisen für den Deutschen Flottenverein viel Anhang errungen hat und dem Zentrum heiss unerträglich scharf zu Felde geht. Herr Reim hatte früher auch schon einmal das Mißfallen des Reichstages erregt, und es ist im preussischen Abgeordnetenhaus wiederholt zu heiligen Angriffen auf ihn gekommen. Aus dem jetzigen Anlaß aber wird ihm gerade ein allzu eifriges Eintreten für den Freisinn vorgeworfen. In einem weiteren Briefe an den bereits genannten freisinnigen Professor Eichhoff schreibt Herr Reim, er habe den Fürsten Bälou darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung die Güte haben müsse, dem Steuer einige Grade nach links zu geben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte nicht Sonderpolitik trieben. Fürst Bälou halte ebenfalls, wie er, Reim, Eichhoff für den geeigneten Mann, die freisinnige Partei dauernd im nationalen Fahrwasser zu erhalten. Daraus zieht die ultramontane Presse den ganz unzulässigen Schluß, daß der Flottenverein als solcher eine einseitige Parteipolitik getrieben habe. Weiter soll aus einem Briefwechsel zwischen dem Landrichter Stern in Weichen und Herrn Reim hervorgehen, daß letzterer sich auf eine Anregung des ersteren zu Gunsten einer Abmähnung des Inhalts ausgesprochen habe, daß die Sozialdemokratie und die nationalen Parteien sich bei den Reichswahlen gegen das Zentrum gegenseitig unterstützen. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß eine derartige Entgleisung unter allen Umständen zu verurteilen wäre, immer natürlich vorausgesetzt, daß die mitgetheilten Briefe durchaus echt sind und keine, immerhin mögliche Fälschungen und Zurechtstufungen im spezifischen ultramontanen Interesse enthalten. Das hier hervortretende unzulängliche Augenmaß für die Erfordernisse der politischen Situation wäre um so unbegreiflicher, als Herr Reim in anderen Briefen ausdrücklich erklärt, daß das Zentrum nach seiner Ansicht gefährlicher sei als die Sozialdemokratie, und von der „pflaumenweißen Haltung der Regierung gegenüber dem Zentrum“ redet und dem furor protestantischen Anerkennung zollt.

Was aber auch Herr Reim mit seiner offenbar etwas allzu geschäftigen Briefschreiberlei gefehlt haben mag, in jedem Falle ist das doch alles ausschließlich auf sein persönliches Konto zu setzen, während der Flottenverein als solcher dadurch in keiner Weise betroffen wird. Der

Deutsche Flottenverein hat sich nicht, wie der Ultramontanismus es behauptet, in den Dienst einer Partei gestellt, weder jetzt noch jemals vorher. Wiederholt ist ihm von seinen hervorragenden Regierungsvertreter beauftragt worden, daß sein Ziel ein rein vaterländisches ist, dem eine einseitige Parteipolitik fernliegt, und auch in der jüngsten offiziellen Kundgebung zu den Reichswahlen wird ihm das Zeugnis erteilt, daß seine Arbeit dem allgemeinen nationalen Interesse gewidmet ist. Beil aber der Flottenverein in unerträglich konsequenter Weise den antinationalen Bestrebungen des Ultramontanismus zu Felde geht und von dieser Richtschnur auch bei den letzten Wahlen nicht um eine Linie abgewichen ist, deshalb läßt das Zentrum Feuer und Schwefel regnen, um einen seiner gefährlichsten nationalen Gegner zu verderben. Das ist der springende Punkt der Affäre! Sobald dies einmal klar erkannt ist, ergibt sich auch von selbst der nationale Standpunkt gegenüber dem Ueberfall aus dem Hinterhalt, den das Zentrum mit dem Diebstahl der Reim-Briefe unternommen hat. Fürst Bälou weiß in seinem Briefe an das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller darauf hin, daß das nationale Bürgertum durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie gleichzeitig die Zentrumswirtschaft verurteilt habe, und erklärt: „Es hiesse den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte.“ Ein solches Hinwegsehen zu fördern, dazu soll die jetzt vom Zentrum in Szene gesetzte Aktion gegen den Flottenverein dienen. Das möge kein Patriot vergessen, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt!

### Neueste Drahtmeldungen vom 11. Februar.

**Nach den Wahlen.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Sta.“ weist daraufhin, daß die Sozialdemokratie eine ganz ungewöhnliche Niederlage bei den Reichswahlen infolgedessen erlitten hat, als sie in 11 Wahlkreisen erheblich weniger Stimmen erhielt, als bei der Hauptwahl.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Tagl. Rundsch.“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen den Fraktionen bezuglich der Präsidentschaft über das neue Reichstagspräsidenten haben, wie es scheint, zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Das Zentrum verzichtet, wie die „Allg. Volkstz.“ andeutet, und wie uns heute von anderer Seite bestätigt wird, darauf, den ersten Präsidenten zu stellen; beantragt sich mit dem ersten Vizepräsidenten, der ihm nach seiner Fraktionsfarbe, wie nach seiner Bedeutung als führende Oppositionspartei zukommt. Seitlich mitgeholfen bei Gewinnung dieses Verhältnisses durch den Umstand haben, daß das Zentrum nach dem Ausscheiden des Grafen Ballestrin keine geeignete Persönlichkeit für die Präsidentschaft vorzuschlagen hatte, nachdem dem Professor Dr. Gerding aus seinen eigenen Reihen tragfähige Opposition entstanden war. Die Konservativen haben für den ersten Vizepräsidenten in ihrer Presse noch keinen Namen genannt, doch dürfte es wahrscheinlich sein, daß sie den Grafen Stolberg, den bisherigen ersten Vizepräsidenten, vorschlagen werden.

**Preussischer Landtag.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus überwies heute den Entwurf eines Wandervereinsgesetzes an eine besondere Kommission. Von den meisten Rednern wurde gewünscht, daß der Staat entsprechende Zuschüsse leisten. Ramentlich trat Abg. v. Bodenhausen hierfür in warmen Worten ein. Dann wurde die Beratung des landwirtschaftlichen Etats fortgesetzt. Die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses bereitet einen Antrag vor auf allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter. Zur Prüfung der einschlägigen Verhältnisse soll zunächst eine Kommission eingesetzt werden.

**Bund der Landwirte.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) In der Generalversammlung des Bundes der Landwirte wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Der Geschäftsbereich des Bundesvorstandes erstattet, hebt einleitend hervor, daß die Arbeiten für die Befähigung und Erweiterung der Organisation und die sorgfältige Vorbereitung der erst 1908 erwarteten Reichstagswahlen durch die Auflösung des Reichstages jah unterbrochen wurden. Die Abteilungsorganisation hat durch 72 Beamte und Redner in ganz Deutschland 8718 Versammlungen abgehalten, ungedruckt die von den Vokalorganisations abgehaltenen Versammlungen. Trotz der im Vorjahre beschlossenen 10prozentigen Erhöhung des Mitgliedsbeitrags, die auch, soweit es bei der vorgerückten Jahreszeit noch möglich war, zur Durchführung gebracht wurde, ist der Mitgliederbestand von 27000 auf 282000 gestiegen. Ueber die Wahlagitator verbreitet sich der Bericht ausführlich. Der Bund hat sich an einer ganzen Reihe von Reichstags-Ergebnissen und an den allgemeinen Landtags-Neuwahlen in einer Reihe von Bundesstaaten aktiv beteiligt. Der Bericht kommt zu dem Schluß: Alles in allem kann konstatiert

Trinkel „Adriaplut“-Blutwein!